

Millionen-Duell endet mit Sieg auf Ansage

Von Fabian Schäfer. Aktualisiert am 10.12.2014 3 Kommentare

Das Volumen des nationalen Finanzausgleichs wird nicht reduziert: Das hat der Ständerat am Dienstag entschieden.



7/8 «Normalerweise sagen wir: Wer zahlt, befiehlt. Im Finanzausgleich ist es umgekehrt: Wer nimmt, befiehlt.»
Anita Fetz, Basel-Stadt, SP
 Bild: Keystone

Darum geht es

Alle vier Jahre entscheiden National- und Ständerat, wie der nationale Finanz- und Lastenausgleich für die kommenden vier Jahre dotiert wird. Damit legt das Parlament jeweils das Ausmass der freundeidgenössischen Umverteilung fest.

Dabei geht es zum einen um den eigentlichen Finanzausgleich: den Ressourcenausgleich. Hier fliessen zurzeit etwa 3,8 Milliarden Franken pro Jahr vom Bund und 9 finanzstarken Kantonen zu den anderen 17 Kantonen.

Zum anderen geht es um die beiden Lastenausgleichstöpfe, über die geotopografische Lasten in Landregionen sowie soziodemografische Lasten in städtischen Gebieten teilweise abgegolten werden. Hier geht es «nur» um je 360 Millionen Franken, die allein der Bund zahlt. Die Verteilung bleibt fifty-fifty, obwohl die Soziallasten rein rechnerisch schwerer wiegen.

Kleiner Affront am Rande

Reiner Wein im falschen Hals.

Nidwalden zählt im Finanzausgleich zu den Geberkantonen. Deshalb hat sein Landrat eine Ständesinitiative für eine NFA-Reform lanciert. Die Finanzkommission des Ständerats lud dann eigens den Nidwaldner Regierungsrat Alfred Bossard nach Bern, um die Initiative zu begründen. Dort wurde ihm zuerst aber erklärt, dass die Sache sowieso schon gelaufen sei und die Initiative abgelehnt werde – danach durfte Bossard die Initiative vorstellen.

Der Nidwaldner Ständerat Paul Niederberger kritisierte dies, worauf sich Kommissionspräsident Hans Altherr entschuldigte. Aus seiner Sicht ist der Fall speziell: Die Nidwaldner Initiative nahm bekannte Forderungen auf, die die Finanzkommission bereits verworfen hatte.

Natürlich haben die Empfängerkantone gewonnen. Alles andere wäre eine Sensation gewesen. Der Ständerat pfiff den Bundesrat am Dienstag zurück, der das Volumen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) ab 2016 um rund 330 Millionen Franken im Jahr kürzen will. Das ergäbe eine Reduktion um knapp 9 Prozent, die direkt die wirtschaftlich schwächeren Empfängerkantone träfe.

Bern zum Beispiel müsste auf 90 Millionen Franken im Jahr verzichten, Freiburg auf 25 Millionen. Im Gegenzug würden der Bund sowie die finanzstarken Kantone wie Zürich, Genf, Basel oder Zug entlastet. Die Zürcher müssten rund 40 Millionen Franken im Jahr weniger abliefern. Dass sie im Ständerat auf verlorenem Posten kämpfen, war jedoch absehbar: Es gibt 17 Nehmer- und nur 9 Geberkantone (siehe Bildstrecke). Sie verloren folgerichtig mit 16 gegen 26 Stimmen.

Das Geschäft geht nun an den Nationalrat, in dem es für die Zahler nicht viel besser aussieht: Auf sie entfallen 85 der 200 Nationalratsmandate. Sie können nur hoffen, dass sich die Nationalräte weniger strikt vom finanziellen Interesse ihrer Kantone leiten lassen. Im Ständerat verlief die Konfliktlinie quer durch die Parteien entlang des «Grabens» zwischen Gebern und Nehmern.

Laut dem Bundesrat ist der NFA «überdotiert»

Der Ständerat liess sich vom NFA zu einer lebhaften, gut dreistündigen Debatte animieren. Es fielen harte Voten (siehe Bildstrecke), vor allem von den Ständeherrn aus Zug und Schwyz, die pro Einwohner gerechnet am meisten in den NFA einzahlen. Doch nicht einmal sie stellten den

Schweiz

- 07:55 [Nachrichten aus dem Bananen-Kanton](#)
- 17:01 [Mit dem Taschenrechner für die Schweizer Familien](#)
- 12:16 [«2015 wird gewiss kein leichtes Jahr»](#)

Umfrage

Stossen Sie zum Jahreswechsel mit Schaumwein an?

- Ja.
- Nein.

Abstimmen

Das Jahr in Fragen



Was bleibt von 2014 in Erinnerung? Ein Rückblick in Quizform.

[Testen Sie Ihr Wissen](#)

Politblog



Wir haben das älteste Kraftwerk der Welt – und wollens nicht abschalten? Carte Blanche von Adèle Thorens Goumaz (Grüne).

Das nukleare Risiko in der Schweiz ist inakzeptabel

Politblog



Alle sollen vom Wachstum profitieren: Teil 3 der Ecopop-Debatte. Eine Carte Blanche.

Ecopop setzt nur das Ziel fest

Politblog



Ecopop löst kein einziges Umweltproblem. Carte Blanche und Teil 2 der grossen Ecopop-Debatte.

Ecopop löst kein einziges Umweltproblem

Agglove-Story



Altherr wollte dem Gast darum reinen Wein einschenken, der diesem offenbar in den falschen Hals geriet.

Artikel zum Thema

- Die konkreten Auswirkungen der Energiewende
- Identitätsklau soll strafbar werden
- Beitrag gesichert, nun wird verhandelt

Teilen und kommentieren

Stichworte

Ständerat

Blog



Korrektur-Hinweis

Melden Sie uns sachliche oder formale Fehler.

Finanzkommission räumte er jedoch offen ein, dass der Bundesrat in der Sache Recht habe. Altherr löste sein Dilemma, indem er sich enthielt.

Auf der Seite der Empfänger fiel auf, dass sich der viel geschmähte Kanton Bern – in absoluten Zahlen der grösste Bezüger – zurückhielt. Seine Ständeräte Werner Luginbühl und Hans Stöckli liessen sich nicht einmal durch eine Bern-Attacke des Zugers Peter Bieri zu einem Votum verleiten.

«Die Schere hat sich weiter geöffnet»

Die Vertreter der Empfängerkantone führten primär zwei Argumente ins Feld: Erstens legten sie das Mindestziel anders aus. Aus ihrer Sicht dürfe diese Grenze getrost überschritten werden, da es sich um ein Mindestziel und nicht um eine fixe Vorgabe handle.

Zweitens verwiesen sie auf die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Kantonen, die trotz NFA weiter anwachsen. In der Tat ist die Differenz zwischen dem «reichsten» Kanton Zug und Uri am anderen Ende der Rangliste zurzeit grösser als zu Beginn des NFA. «Die Schere hat sich weiter geöffnet», hielt stellvertretend für viele der Glarner Werner Hösli fest.

Die meisten Geberkantone sind keine Steueroasen

Andere störte, dass mit einer Reduktion des NFA Zuger oder Schwyzer entlastet würden, die ohnehin wenig Steuern zahlten, während etwa die steuerlich geplagten Berner womöglich weitere Sparmassnahmen beschliessen müssten. Sie wurden jedoch von Anita Fetz (BS) daran erinnert, dass die Mehrheit der Geberkantone wie Genf, Basel oder Waadt keine Steueroasen sind. Zudem haben viele NFA-Nehmer die Steuern gesenkt, teils massiv, allen voran das «arme» Uri.

Der Schaffhauser Hannes Germann ermahnte die Nehmerkantone, den Gebern entgegenzukommen: «Wir können den NFA nur in der Balance halten, wenn er auch von den Kantonen akzeptiert wird, die ihn finanzieren.»

(Berner Zeitung)

Erstellt: 10.12.2014, 11:56 Uhr

Finanzausgleich grundsätzlich infrage.

Heftig umstritten war einzig die Frage, wie der NFA, der erst 2008 eingeführt worden ist, ausgelegt werden muss. Konkret geht es um das Mindestziel, das im Gesetz verankert ist: Demnach wird «angestrebt», dass dank den NFA-Millionen auch der «ärmste» Kanton (Uri) ein Niveau von mindestens 85 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft erreicht. Nun hat aber Uri diese Limite seit 2012 stets übertroffen – sprich: Der NFA sei «überdotiert», sagte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Für Bund und Geberkantone ist der Fall klar: Es ist zu viel Geld im System. Die «Systemlogik», so der Zürcher Felix Gutzwiller, verlange eine Reduktion des Volumens. Die Zahler fühlen sich unfair behandelt, wenn die Umverteilung nicht reduziert wird, obwohl das System das seinerzeit ausgehandelte Mindestziel über längere Zeit übertrifft. Diese Sichtweise vertrat auch Ständerat Hans Altherr, der keine einfache Position hatte: Als Ausserrhoder ist er zwar an hohen NFA-Zahlungen interessiert, als Präsident der



Die Bewohner der Vorstädte sind konservativer und ökonomisch kritischer geworden. Die Politik reagiert hilflos.
Die Zukunft liegt in der Agglo



Die NZZ-Gruppe vereint ihre Regionalmedien. Gewinner und Verlierer.
In St. Gallen übernehmen Luzerner

Politblog



Flüchtlinge aus Ebola-Regionen per Notrecht zu «verboten», macht keinen Sinn. Eine Carte Blanche.
Nur keine Panikmache wegen Ebola

Das fehlende Schweizer Kreuz



Electrolux schliesst in Schwanden GL die Fabrik – auch wegen der Swissness-Vorteile.
Das fehlende Schweizer Kreuz

Jugendliche unter Druck



Laurent Sédano von Pro Juventute erklärt die neue Kampagne.
«Eltern machen einen Denkfehler»

Politblog



Was machen denn die da? Alt-Nationalrat Norbert Hochreutener weiss, was CVP und BDP tun müssten. Eine Carte Blanche.
Mehr aus der Mitte

CVP-Frauen



Die CVP-Spitze will ihre Frauengruppe mit neuen Regeln auf die Parteilinie bringen. Doch die weigern sich.
Immer Ärger mit den Frauen



Kommentar schreiben

Verbleibende Anzahl Zeichen: 400

3 Kommentare

0 3

Jürg Dummermuth

10.12.2014, 16:26 Uhr
[Melden](#)

Im Gegenzug gewährt der Kanton Bern seinen Mitarbeitenden eine Lohnerhöhung von 1.8%. Da werden die Geberkantone, aber Freude haben.

[Antworten](#)

6 2

Markus Weidmann

10.12.2014, 12:34 Uhr
[Melden](#)

Der Krug geht bekanntlich zum Brunnen bis er bricht... Irgendwann zahlt niemand mehr die Festgelage der Nehmerkantone - was dann? Als Zürcher Steuerzahler, empfinde ich das gelgierige Verhalten der Nehmerkantone eine grosse Unverschämtheit! Ein solches Gebaren fördert den Zusammenhalt der Schweiz jedenfalls nicht.

[Antworten](#)

7 4

[Alle Kommentare anzeigen](#)



Der Vergleich von Äpfel mit Artikeln zeigt, wie auf Online-Redaktionen gezählt, gewährt und gewichtet wird.

Und es macht Klick

Politblog



Die Grünen werfen Economiesuisse vor, die Umweltkommission getäuscht zu haben. Eine Replik.

Economiesuisse nimmt Stellung

- Ressorts:** [Bern](#) · [Schweiz](#) · [Ausland](#) · [Wirtschaft](#) · [Börse](#) · [Sport](#) · [Kultur](#) · [Panorama](#) · [Wissen](#) · [Leben](#) · [Digital](#) · [Auto](#)
- Marktplatz:** [Immobilienmarkt](#) · [Stellenmarkt](#) · [Gratis-Inserate](#) · [giveme5](#) · [Weiterbildung](#) · [Online-Werbung](#) · [Kooperationen](#)
- Dienste:** [RSS](#) · [Newsletter](#) · [Suche](#) · [Impressum](#)
- Bernerzeitung:** [Abo Service](#) · [ePaper](#) · [Archiv](#) · [espace.card](#) · [BZ unterwegs](#) · [Gratis-Inserate](#) · [Beilagen](#) · [Tarif & Mediadaten](#) · [Impressum](#) · [Kontakt](#)